

## Der Kampf um die Deckung.

ap. Mancherlei sind der Lasten und Opfer, die der Militarismus den Völkern auferlegt. Am schlimmsten sind die Blutopfer im Kriegsfall selbst, wenn die Blüte des Volkes hingeschlachtet oder verkrüppelt und ihr bißchen Wohlfahrt und Lebensunterhalt vernichtet wird — nicht für irgend ein hohes wertvolles Gut, sondern für die Profitinteressen des Kapitals. Aber auch im Frieden lastet der Militarismus schwer auf den Massen. Daß die jungen Männer in den Jahren ihrer frischesten Arbeitskraft ein paar Jahre aus ihrer Tätigkeit herausgeholt werden, um sie in zwecklosem Paradedrill zu vergeuden, bedeutet eine Einbuße an Verdienst, einen Verlust unentbehrlicher Arbeitskraft oder unentbehrlichen Einkommens für die Familie und eine Verringerung der schon erworbenen Fachgeschicklichkeit, also jedenfalls erhebliche persönliche Opfer. Daneben kommen dann noch die finanziellen Opfer: um die Soldaten während dieser unproduktiven Zeit zu erhalten, um die technischen Mordinstrumente zu bezahlen und um den Führern aus der herrschenden Klasse hohe Gehälter und Pensionen zu verschaffen, müssen alljährlich mehrere Milliarden aufgebracht werden, die anderen produktiven Zwecken entzogen werden.

Es ist daher selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie sich von jeher entschieden gegen jede militaristische Forderung gewandt hat. In dem Satze: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ hat sie ihre strikte Ablehnung formuliert. Das gilt nicht nur für den Fall, daß die Volksmassen in der Gestalt indirekter Steuern die Kosten tragen sollen. Kein Sozialdemokrat ist der Meinung, wir hätten nichts gegen den Militarismus einzuwenden, wenn nur die Kapitalisten selbst die Kosten tragen würden. Auch abgesehen von den persönlichen Lasten, die er den Massen auferlegt, und abgesehen von seinem Neben Zweck, die Massen gewaltsam niederzuhalten, müßten wir einen von den Reichen selbst bezahlten Militarismus als eine Vergeudung der Produktivkräfte und ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung mit aller Energie bekämpfen. Ob es sich bei einer Militärvorlage um eine

Vergrößerung der Mannschafszahl oder nur um eine Vermehrung der Geldausgaben handelt, immer stellt ihr die Partei ein entschiedenes Nein entgegen; und ähnlich verhält es sich bei der alljährlichen Bewilligung des bestehenden Militäretats.

Die praktische Bedeutung dieses Standpunktes liegt vor allem in der Agitation und der prinzipiellen Aufklärung der Massen. Zu einem unmittelbaren Resultat hat er nur selten geführt, dann nur, wenn auch in den bürgerlichen Parteien eine starke Gegnerschaft vorhanden war, und dann mußte die Regierung in der Regel durch Drohungen oder durch eine Reichstagsauflösung doch einen Unfall herbeizuführen. Dann trat an die Sozialdemokratie eine neue Aufgabe heran, den Kampf um die Deckung zu führen. Dabei ist die Frage nicht mehr, bewilligen oder nicht, denn die Militärvorlage ist bewilligt und damit auch die Vermehrung der Ausgaben, die sie notwendig mit sich bringt; denn diese sind unzertrennlich von ihr. Die Frage ist jetzt, wer die Kosten tragen soll. Und dabei wird die Partei versuchen müssen, möglichst die Kosten vom Proletariat abzuwälzen und sie auf die Schultern der besitzenden Klasse zu legen.

Das soll natürlich nicht bedeuten, daß wir, wie es bisweilen dargestellt wurde, jeder Besitzsteuer zuzustimmen hätten, weil wir in unserem Programm Besitzsteuern fordern. Abgesehen davon, daß nicht alles, was von ihren Urhebern als Besitzsteuern bezeichnet wird, unseren Anforderungen entspricht, hängt es noch von den übrigen Verhältnissen und von der politischen Lage ab, wie wir uns zu einer jeweiligen Steuervorlage zu stellen hätten. Auf eine Besitzsteuer zum Beispiel, die nur dazu dienen soll, einen Steuerraubzug in den Taschen der besitzlosen Massen zu beschönigen und zu vertuschen, könnte unsere Partei sich nicht einlassen. Nur wenn dadurch eine bedeutende Entlastung der Massen bewirkt oder ihre schwerere Belastung verhindert wird, kann die Sozialdemokratie dafür eintreten.

Umgekehrt ist auch die entgegengesetzte Auffassung früher stark hervorgetreten, die Auffassung, die Sozialdemokratie dürfe überhaupt keine Steuern, auch keine Besitzsteuern bewilligen, die den Zwecken des Militarismus dienen sollen. Daß es sich bei dem Kampf um die Steuern zur Deckung nicht um eine unserem Prinzip widersprechende „Bewilligung“ handelt, wurde oben schon angedeutet. Dennoch hatte diese Verweigerung von Besitzsteuern ihre

Berechtigung, nicht als für ewig geltender Ausfluß unseres Prinzips, sondern als zeitweiliger Ausfluß bestimmter taktisch-politischer Verhältnisse. In den früheren Jahrzehnten war noch eine bürgerliche Opposition vorhanden, die mit Rücksicht auf ihre Wähler aus den besitzlosen Massen nicht geneigt war, dem Militarismus jede Forderung zu bewilligen. Als sie schließlich doch umfiel, war es mit der Erklärung, die allein diesen Umfall für die Kleinbürgerlichen Wähler entschuldigen konnte, daß die Reichen die Kosten bezahlen sollten. So das Zentrum bei der Flottenvorlage 1898, so auch der Freisinn bei jeder Gelegenheit. Solange eine solche Erklärung als ernsthafte Bedingung gelten konnte, war die Verweigerung jeder Deckung, auch durch Besitzsteuern, seitens der Sozialdemokratie ein Kampfmittel gegen den Militarismus selbst, denn ihre Zustimmung zu der Besitzsteuer hätte diesen Parteien erst die Zustimmung zu den Militärforderungen ermöglicht. Es handelte sich dabei um die Wahl zwischen zwei Uebeln: da die finanzielle Belastung nur einen Teil der Opfer bildet, die der Militarismus von den Volksmassen fordert, mußte die Aussicht, das Ganze zu verhindern, schwerer wiegen als die Rücksicht auf die finanzielle Seite allein.

So richtig und natürlich diese Stellungnahme war, so sehr ist sie jetzt durch die Entwicklung überholt worden. Der Imperialismus hat fast ausnahmslos die ganze bürgerliche Welt unter seiner Fahne gesammelt; von einem wirklichen Widerstand gegen die militärischen Forderungen ist bei keiner bürgerlichen Partei mehr die Rede. Zentrum und Freisinn bewilligen sie auf jeden Fall, wie sich die Deckung auch gestalten mag, und daher besteht jetzt für die Sozialdemokratie nur noch die Erwägung, die Kosten möglichst vom Proletariat abzuwälzen und sie von den Besitzenden tragen zu lassen.

Das bedeutet nicht, daß wir einfach alles zu bewilligen hätten, was mit dem Namen Besitzsteuer ausgeschmückt wird, und am wenigsten verwirklichen die Vorschläge der Regierung das, was unsere Zustimmung finden könnte. Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß alle Aufkosten der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, die ja nur für die Kapitalisten da ist, also auch die Kosten des Militarismus, aus dem Mehrwert bezahlt werden müssen. Daneben kann nur noch eine plötzliche Vermehrung des Besitzes durch Wertzuwachs oder Erbschaft in Frage kommen. Mag es nun auch schwierig sein, den

Mehrwert, der in den verschiedensten Einkommensquellen enthalten sein kann, technisch genau zu treffen, so gibt dieses Prinzip uns doch einige allgemeine Richtlinien. Denn es besagt, daß in einer Einkommensteuer nicht alles Einkommen, in einer Vermögenssteuer nicht alles Vermögen in gleicher Weise besteuert werden darf. Mehrwert ist arbeitsloses Einkommen; was als Grundrente, Dividende, Zins aus Kapital- oder Grundbesitz ohne irgendwelche Arbeit gewonnen wird, muß am höchsten, was als Einkommen aus mittlerem Besitz oder als höhere Gehälter auf Arbeit und Mehrwert zusammen beruht, muß weniger hoch besteuert werden, während Arbeitseinkommen steuerfrei bleiben soll. Die direkten Steuern der Einzelstaaten, auf die der Hauptteil der neuen bleibenden Ausgaben abgewälzt werden soll, verstoßen in hohem Maße gegen dieses Prinzip, da sie auch den Arbeitslohn belasten. Bei einer Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe darf nur das Vermögen getroffen werden, das den Charakter von Kapital trägt, so daß in dem Kapital nur der Mehrwert besteuert wird; der Kleinbürgerliche oder bäuerliche Besitz, der den Besitzer nur in den Stand setzt, durch eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt zu gewinnen, ist kein Kapital, dient nicht zur Ausbeutung Anderer und soll also frei bleiben. Dasselbe gilt natürlich auch für die Erbschaftsteuer. Aus diesem Grunde kann die Sozialdemokratie mit dem famosen „Milliardenopfer der Reichen“, das vor allem die kleinen Vermögen trifft, nicht einverstanden sein; ihre Aufgabe ist es, dafür zu kämpfen, daß diese einmalige Belastung nicht von dem Mittelstand, sondern von den wirklichen großen Kapitalisten bezahlt wird.

Nach den Erklärungen der Nationalliberalen scheint es nicht völlig ausgeschlossen, daß wirklich eine Besitzsteuer eine Mehrheit im Reichstage finden wird. Ob sie aber so gestaltet werden wird, daß nicht die kleinen Besitzer an Stelle der großen belastet werden, daß also die Sozialdemokratie ihr schließlich zustimmen kann, das wird sich noch zeigen müssen. —